

Auswege aus der Krise ?

von Patrick Ziegenhain

Die indonesische Wirtschaft ist ruiniert. Die enorme Abwertung der indonesischen Rupiah gegenüber allen anderen Währungen hat zum Zusammenbruch vieler Unternehmen und zum Konkurs vieler Privatbanken geführt. Die Produktion in so gut wie allen Fabriken ist reduziert, wenn nicht gleich ganz eingestellt worden. Zeitungen erscheinen aus Kostengründen in deutlich verringerter Seitenzahl. Inflation und Arbeitslosigkeit nehmen immer größere Ausmaße an und gefährden die Lebensgrundlage von Millionen von Indonesiern.

Wie will die indonesische Wirtschaft sich von dieser lebensbedrohlichen Krise erholen? Welche Maßnahmen kann die politische Führung um Präsident Suharto noch durchführen, um eine Verbesserung der mehr als ernsten Lage zu erreichen?

Bereits im Januar unterzeichneten die Regierung und der Präsident ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), um den dringlichsten Problemen, das heißt der Währungsschwäche sowie den privaten Auslandsschulden, zu begegnen.

In diesem Abkommen bewilligte der IWF unter seinem Vorsitzenden Michel Camdessus ein Maßnahmenpaket, das unter anderem langfristige Darlehen in Höhe von 43 Milliarden US-Dollar zur Rettung der indonesischen Volkswirtschaft in Aussicht stellt. Allerdings legte der IWF auch in einem 50-Punkte-Programm Bedingungen fest, die von der indonesischen Regierung erfüllt und umgesetzt werden müssen, um

diese Darlehen zu erhalten. Dazu zählen unter anderem die Aufgabe staatlicher Subventionen in bestimmten Produktionsbereichen, eine umfassende Bankenreform, die Aufgabe staatlicher Monopole und weitere Reformen, die die stark protektionistische (und von Korruption und Vetterwirtschaft dominierte) indonesische Volkswirtschaft zu einer liberalen Marktwirtschaft transformieren würde.

In den letzten Wochen hat die indonesische Regierung diese Forderungen allerdings nur sehr zögerlich umgesetzt. Statt dessen setzten Präsident Suharto und sein amerikanischer Wirtschaftsberater

sident Suharto am 18. Februar entlassen und durch Syahril Sabirin ersetzt, der als eine seiner ersten Amtshandlungen ankündigte, er habe Maßnahmen eingeleitet, um die baldige Einführung des CBS umzusetzen.

Doch zahlreiche internationale Finanzexperten haben sich diesem Vorhaben kritisch gegenüber geäußert, da die indonesische Wirtschaft nicht die Voraussetzungen eines CBS, zu denen ausreichendes staatliches Auslandskapital sowie ein effizientes Bankensystem zählen, hat. Auch der deutsche Finanzminister Theo Waigel, der sich diese Woche

mit Präsident Suharto und indonesischen Regierungsvertretern traf, warnte eindringlich vor der Einführung eines CBS, das katastrophale Auswirkungen für den einheimischen Markt sowie die indonesischen Unternehmen haben würde. Er forderte vielmehr nachdrücklich die sofortige und entschlossene Umsetzung des IWF-Programms. Inzwischen gelangte auch ein privater Brief von IWF-Direktor Camdessus an Präsident Suharto an die Öffentlichkeit, in dem Camdessus die Einstellung aller Finanzhilfen bei Einführung eines CBS und Nichtumsetzung des IWF-Programms androhte.



Camdessus und Suharto: Keine Chance gegenüber dem IWF!

aus: FEER v. 12.2.98, S. 51

Hanke zunehmend auf die Einführung eines »Currency Board System« (CBS), in dem unter anderem eine feste Anbindung der indonesischen Rupiah an den US-Dollar zu einem für Indonesien deutlich günstigeren Umtauschkurs vorgesehen ist. Als sich der indonesische Nationalbankdirektor, Sudrajad Djwandono, diesen Absichten gegenüber kritisch äußerte, wurde er per Erlaß von Prä-

Soziale und innenpolitische Spannungen

Währenddessen spitzt sich die innenpolitische Lage immer mehr zu. Bedingt durch die Wirtschaftskrise ist das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Person innerhalb des letzten Jahres von 1086 US-Dollar auf 610 US-Dollar gefallen und ist damit

Der Autor ist Politologe mit Schwerpunkt Indonesien und derzeit journalistisch tätig

etwa auf dem Stand von vor über 30 Jahren. Auf dem Land ist das Jahreseinkommen nun etwa auf den Stand von Bangladesch gesunken.

Auf Grund der Inflation kommt es zu einem enormen Preisanstieg in allen Bereichen, so daß sich viele Menschen selbst Grundnahrungsmittel nicht mehr leisten können. Immer häufiger kommt es zu Gewaltausbrüchen, die meist nach dem selben Schema ablaufen. Eine wütende Menschenmenge mit 100 bis 5000 Teilnehmern kommt zusammen, beginnt Steine gegen Lebensmittelgeschäfte zu werfen, dann werden die Geschäfte von dem tobendem Mob geplündert, die Besitzer gewaltsam vertrieben und schließlich die Häuser sowie in der Nähe befindliche Fahrzeuge angezündet. Täglich kommen neue Meldungen aus anderen Städten und Dörfern, in denen dies passiert ist. Opfer des kollektiven Amoklaufs sind meist Indonesier chinesischer Abstammung, die auf Grund des allgegenwärtigen und bereits seit langem herrschenden Rassismus das erste Ziel angestauter Aggressionen der Bevölkerung werden.

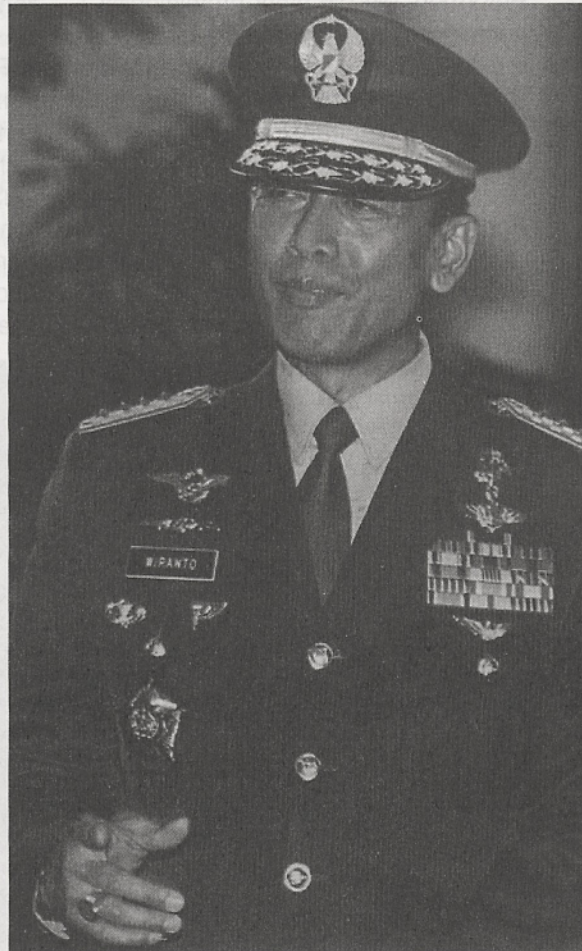
Die chinesischstämmige Minderheit umfaßt etwa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung, ist meist im Handel tätig und steht im Ruf reich zu sein und die »einheimische« Bevölkerung finanziell zu übervorteilen. Wie so oft in der indonesischen Geschichte sind die Menschen chinesischer Abstammung die Sündenböcke, an denen die Wut über die sich extrem verschlechternden Lebensbedingungen ausgelassen wird.

Polizei und Militär, in Indonesien eine Einheit, sehen sich oft nicht in der Lage einzugreifen, doch teilweise kommt es auch zu regelrechten Straßenschlachten zwischen Plünderern und den Streitkräften, in dessen Verlauf letzte Woche mindestens fünf Menschen erschossen wurden.

Auch die Stimmung in den Städten wird immer angespannter, Bombendrohungen von Unbekannten sorgen für Unruhe. Gleichzeitig wächst mit der zunehmenden wirtschaftlichen Krise auch das politische Bewußtsein breiter Bevölkerungs-

schichten, die der Regierung Suharto kaum noch zutraut, die Lage zu verbessern. In dem selben Maße werden auch die Forderungen nach politischer Reform immer lauter.

Wie so oft sind es wieder Studenten, die mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit treten und für mehr Demokratie und Machtwechsel eintreten. Auf Demonstrationen in Medan (Nordsumatra), Palu (Zentralsulawesi) und auch in Jakarta (Westjava) waren Spruchbänder mit Slogans wie »Nieder mit Suharto«, »Wir brauchen Demokratie — jetzt!«,



General Wiranto: Der Armeechef gehört zu der progressiven Fraktion innerhalb der indonesischen Streitkräfte.

»Stoppt die Macht des Präsidenten« und »Freiheit für Indonesien« zu lesen. Die Sicherheitskräfte gingen gegen diese und andere Demonstrationen gewaltsam vor, so daß es zu hunderten von Festnahmen kam.

Große Teile der Demonstranten äußerten ihre ausdrückliche Unterstützung für oppositionelle Symbolfiguren wie Megawati Sukarnoputri oder Amien Rais. Der Begriff politische Opposition, wie er in der Politikwissenschaft oder in westlichen Demokratien gebraucht wird, läßt sich nur sehr schwer auf die Verhältnisse

in Indonesien anwenden, da in der autoritären Ordnung Präsident Suhartos keine legale Opposition existieren darf. So kann eher von Personen oder Gruppen gesprochen werden, die ohne größere und gefestigte Strukturen eine Absetzung der gegenwärtigen Führung und eine Veränderung der gegenwärtigen politischen Ordnung anstreben.

Der Vorsitzende einer der größten Muslimorganisationen, der Muhammadiyah, Dr. Amien Rais rief in einer Rede am 11.2.1998 dazu auf, für einen vollständigen Machtwechsel in Indonesien einzutreten. »Wir brauchen keine Reformen und kein neues Kabinett von Suharto-Günstlingen, wir brauchen eine völlig neue Regierung und einen völlig neuen Präsidenten.«

Mutige Worte, in einem Land in dem die Todesstrafe auf den Tatbestand der »Subversion« steht, ein Vorwurf der prinzipiell jedem gemacht werden kann, der den Präsidenten kritisiert und sich für ein Ende seiner Ordnung, der Orde Baru, einsetzt.

Militärische Umbesetzungen

Ein Machtwechsel in den Streitkräften (ABRI) sorgte letzte Woche für neue Spekulationen über den zukünftigen Kurs des Landes. Der bisherige Armeechef General Feisal Tanjung wurde durch General Wiranto ersetzt. Eine wichtige Veränderung, da das Militär auf Grund der Dwifungsi-Doktrin nicht nur eine verteidigungspolitische, sondern auch eine allgemeinpolitische Rolle beansprucht, in allen Institutionen beispielsweise als Minister oder Parlamentsfraktion vertreten ist und großen Einfluß auf alle politischen Entscheidungen in Indonesien hat.

Wiranto gilt innerhalb der Streitkräfte als eher gemäßigt und progressiv, während sein Vorgänger Feisal Tanjung als konservativ und treuer Loyalist Suhartos eingeschätzt wird. Gleichzeitig geschahen eine Reihe weiterer Umbesetzungen, von denen wohl am bedeutendsten die Beförderung des Schwiegersohns von Suharto, Generalmajor Prabowo

Subianto zum Befehlshaber von Kostrad, einer strategisch wichtigen militärischen Eliteeinheit ist. Damit hat Subianto in den letzten Jahren eine steile militärische Karriere gemacht, was zur Annahme geführt hat, er werde von Präsident Suharto für eine zukünftige politische Aufgabe »aufgebaut«.

Die Vizepräsidentenfrage

Inmitten all des ganzen Durcheinanders angesichts der innenpolitischen Krisensituation — immerhin wurden innerhalb einer Woche der Zentralbank- sowie der Armeechef ersetzt — fiel eine weitere für die Zukunft Indonesiens möglicherweise richtungsweisende Entscheidung. Bacharuddin Jusuf Habibie wird der einzige Kandidat für die Wahl zum Vizepräsidenten auf der Sitzung des »Beratenden Volkskongresses« (MPR), die vom 1. bis 11. März 1998 in Jakarta stattfinden wird.

Dieses Gremium tritt alle fünf Jahre zusammen und seine Aufgabe ist neben der Verabschiedung allgemeiner politischer Richtlinien, die Wahl des Präsidenten sowie des Vizepräsidenten der Republik Indonesien. Die 1000 Mitglieder des MPR sind mehrheitlich von Präsident Suharto persönlich ernannt worden und seine fünf Fraktionen haben alle als einzigen Kandidaten für die Präsidentschaft Suharto und als einzigen Kandidaten für die Vizepräsidentenschaft B.J. Habibie vorgeschlagen.

Somit ist die »Wahl« der beiden höchsten Staatsämter in Indonesien für den Zeitraum von 1998 bis 2003 nur noch reine Formsache.

Nachdem Präsident Suharto im Januar ankündigte, er wäre bereit ein weiteres und damit siebtes Mal für das Präsidentenamt zu kandidieren, war damit praktisch die Entscheidung für die Besetzung dieses Postens gefallen, da der MPR mit treuen Loyalisten Suhartos besetzt ist.

Da nur die fünf Fraktionen des MPR das Recht haben, Kandidaten vorzuschlagen, werden voraussichtlich die angekündigten Kandidaturen von Megawati Sukarnoputri und Amien Rais für das Präsidentenamt sowie die des ehemaligen Umweltministers Emil Salim für das Vizepräsidentenamt nicht berücksichtigt. Immerhin war es das erste Mal in

über 30 Jahren Orde Baru, daß auch andere ernsthafte Kandidaten ihre Bereitschaft für die Übernahme der beiden höchsten Staatsämter ankündigten und auch große öffentliche Zustimmung fanden.

Spannender als die Präsidentschaftsnominierung verlief die Diskussion um die Besetzung des Vizepräsidenten. Bisher spielte der Vizepräsident eine unbedeutende Rolle im Schatten des allmächtigen Präsidenten.



Technologieminister B.J. Habibie:
Scheint keine volle Rückendeckung durch das Militär zu haben.

ten. In der Verfassung ist jedoch vorgesehen, daß der Vizepräsident bei einem Ausscheiden des Präsidenten dessen Amtsgeschäfte übernimmt. Angesichts des angeschlagenen Gesundheitszustand des 76jährigen Suharto kann die Entscheidung für Habibie als Vizepräsidenten somit von weitreichender Bedeutung für die Zukunft Indonesiens sein.

Mit dem bisherigen Forschungs- und Technologieminister B.J. Habibie wird einer der engsten Vertrauten Suhartos als einziger Kandidat für dieses Amt vorgeschlagen. Der in Deutschland ausgebildete Ingenieur ist seit 25 Jahren als Minister in der Regierung Suharto tätig und ist seit Jahren dessen Wunschkandidat als Vizepräsident.

Mitentscheidend für seine Ernennung war aber auch die Zustimmung der ABRI-Führungsspitze. Der bisherige Vizepräsident General Try Sutrisno erklärte, daß er nicht mehr kandidieren wolle, da ein Fünfjahres-Mandat genug sei. Und der bisherige Armeechef Feisal Tanjung

erklärte, die Streitkräfte hätten den besten Sohn des Landes gewählt und da sei es schließlich nicht so wichtig, daß dieser nicht aus den Reihen der Streitkräfte stamme. Trotz dieser Lippenbekenntnisse scheint Habibie nicht volle Rückendeckung von allen ABRI-Führungskräften zu haben, die bisher eher Kandidaten aus den eigenen Reihen unterstützten.

Die Wahl B.J. Habibies als einzigen Vizepräsidentenkandidaten von allen fünf MPR-Fraktionen rief unterschiedliche Reaktionen hervor. Während er von einigen als Repräsentant des fortschrittlichen, islamischen Indonesiens gefeiert wurde, waren die Reaktionen der Wirtschaftsexperten eher skeptisch. Jahrelang hatte der Forschungsminister immense Summen in kostspielige nationale Prestigeprojekte wie den Aufbau einer einheimischen Luftfahrtindustrie gesteckt. Auch Offizielle des IWF hatten in der Vergangenheit mehrfach Habibie kritisiert.

In der Sackgasse

Indonesien steckt in einer Sackgasse, aus der so leicht kein Ausweg in Sicht scheint. Zur Beendigung der anhaltenden Wirtschaftskrise sind zwar viele Rezepte aber keine Lösungen im Umlauf. Wenn die wirtschaftlichen Bedingungen für die Bevölkerung sich noch weiter verschärfen, dann waren die bisherigen gewaltsamen Ausschreitungen erst der Anfang. Doch wirtschaftlicher Aufschwung kann nur durch politische Reformen erreicht werden. Die bisherige Regierung um Präsident Suharto ist dazu nicht bereit. Die autoritäre Ordnung, von der sich zunehmend die Menschen distanzieren, soll durch eine Pseudovolksvertretung Anfang März bestätigt werden. Doch eine strikte Beibehaltung des bisherigen Kurses mit denselben Personen, die das Land in die gegenwärtige Lage gebracht haben, ist in keinem Fall ein Ausweg aus der Krise, sondern wird im Gegenteil diese noch verschärfen.

aus: FEER v. 5.2.98, S. 20